



Wunstorf, 12.12.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister,

Sie hatten Ihre diesjährige Haushaltsrede unter das Motto gestellt: "Die Demokratie besser verteidigen!" Da bin ich ganz Ihrer Meinung, ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen: Dort, wo sie stark eingeschränkt ist, sollte sie wieder hergestellt werden. Dies ist zum Beispiel im Deutschen Bundestag der Fall, wo im Zuge der europäischen Zentralisierung immer mehr Zuständigkeiten an die EU übertragen wurden und de facto eine Selbstentmachtung stattfand. Es ging damit in weiten Teilen die Fähigkeit verloren, die demokratische Willensbildung des deutschen Wählers im Parlament umzusetzen. Von den in Deutschland erlassenen und geltenden Rechtsakten stammen mittlerweile 80% aus Brüssel, wobei die EU-Verordnungen unmittelbar geltendes Recht sind und die EU-Richtlinien vom Bundestag nur noch verpflichtend durchzuwinken sind.

Was die Bürgerbeteiligung in Wunstorf angeht, auf die Sie ja auch kurz eingingen, vermittelten Sie den Eindruck, dass Sie diese zwar befürworten, allerdings nur so lange, wie sie nicht in Anspruch genommen wird, damit sich Projekte nicht verzögern und verteuern.

Auch die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene, beispielsweise nach Schweizer Vorbild, wäre eine Maßnahme zur besseren Verteidigung der Demokratie. Aber so etwas haben Sie mit Ihrem Motto sicher nicht gemeint, wohl wissend, dass wenn es ein solches Instrument gäbe, einige Projekte Ihrer Parteifreunde in Berlin nie zustande gekommen wären, von der EURO-Einführung, über die "Rettungspakete" genannten Geldgeschenke auf Nimmerwiedersehen an südeuropäische Pleitestaaten bis hin zur unkontrollierten Masseneinwanderung, mit all ihren fatalen Folgen, die vielen noch gar nicht deutlich geworden sind!

Und genau die schlimmen Folgen sind es übrigens auch, welche die Menschen, wie im Sommer in Chemnitz, auf die Straße treiben, was Sie ja auch beklagt haben. Die sind dort aber nicht auf die Straße gegangen, um pauschal gegen Ausländer zu demonstrieren, wie Sie behauptet haben, sondern um aus aktuellem Anlass ihre Trauer und auch ihre Wut darüber zum Ausdruck zu bringen, dass immer wieder Menschen durch sogenannte Flüchtlinge, vielfach unmittelbar ausreisepflichtig, zu Tode kommen, dass vielfach Menschen, insbesondere Mädchen und Frauen, Opfer schwerer Straftaten werden. Das Wort "Messermigration" ist keine Erfindung angeblicher rechter Hetzer, es ist Ausfluss der täglichen Realität, wie entsprechende Vorkommnisse immer wieder zeigen!

Wer die Meldungen in Zeitungen und anderen Medien verfolgt, weiß, dass wir es seit 2015 mit Messerangriffen nie gekanntes Ausmaßes zu tun haben!

Und deshalb, Herr Bürgermeister, sollten Sie hier nicht Ursache und Wirkung verwechseln!

Sie äußerten des Weiteren Unverständnis über den Unmut in der Bevölkerung über die derzeitige Regierung. Der Bevölkerung gehe es doch gut, wir haben annähernd Vollbeschäftigung, die Konjunktur boomt und die Wirtschaftslage ist gut wie lange nicht mehr. Dass aber immer mehr Menschen, die in Vollzeit arbeiten, nicht genug Geld verdienen, um davon ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können und Hartz-IV Leistungen in Anspruch nehmen müssen, geschweige denn, dass sie in der Lage sind, durch Eigenvorsorge die sicher kommende Altersarmut abzufedern, ist Ihnen wohl entgangen.

Sie wiesen außerdem darauf hin, dass in früheren Zeiten eine Regierung bei dieser Wirtschaftslage mit großer Zustimmung belohnt und wiedergewählt worden wäre. Aus den vorgenannten Gründen wage ich, dies zu bezweifeln. Aber vielleicht wäre es hilfreich, sich mal daran zu erinnern, wofür man früher einmal stand, ich zitiere aus dem Wahlprogramm der CDU aus dem Jahre 2002:

"Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demografischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten."

Hiervon will man natürlich heute nichts mehr wissen, derlei Aussagen sind heutzutage rechtsradikales und rassistisches Nazi-Gedankengut... Wer sich da über den Verlust der eigenen Glaubwürdigkeit wundert, dem ist schlicht nicht zu helfen.

Ich komme zum Haushalt:

Auch wir wollen den Mitarbeitern der Verwaltung danken, die uns in gewohnter Weise das umfangreiche Zahlenwerk des städtischen Haushaltes zur Beschlussfassung vorgelegt haben.

Da durch meine Vorrednerinnen, wenn auch mit anderer Wahrnehmung als die der AfD, der Haushalt bereits vorgestellt wurde und mehrheitlich mitgetragen werden soll, kann ich mich hier kurz fassen.

Wie in jedem Jahr rief der Bürgermeister bei Einbringung des Haushaltes zur Sparsamkeit auf, die freiwilligen Leistungen wurden dabei nicht vergessen. Leider konnten wir an dieser Stelle keinen Sparwillen erkennen, auch nicht beim

Bürgermeister, obwohl auch die Genehmigungsbehörde seit Jahren darauf hinweist, dass der Haushalt gerade im Bereich der freiwilligen Leistungen, mit rund 1,76 Mio. €, weit über dem Regionsdurchschnitt liegt und nicht steigen sollte.

Die ideologisch gewollte IGS hat über die Jahre rund 20 Mio. € für neue Räume gekostet, nachdem die anfängliche Vorlage dafür lediglich knapp 1,8 Mio. € an Aufwendungen vorsah. Diese Kosten wurden ohne nennenswerte Einschränkungen durch die Politik nicht nur hingenommen, sondern sogar noch durch weitere Wünsche in die Höhe getrieben.

Nicht zuletzt dadurch wird die Verschuldung der Stadt Wunstorf in den nächsten Jahren auf geschätzt etwa 60 Mio. € ansteigen.

An anderer Stelle werden Bürger zu Leistungen, nicht selten im fünfstelligen Bereich, herangezogen, auf die sie keinen unmittelbaren Einfluss haben - den Beiträgen zu Straßenausbaukosten. Ob die Betroffenen die finanzielle Leistungsfähigkeit besitzen, für das zu zahlen, was allen Bürgern gleichermaßen zur Verfügung steht, spielt dabei keine Rolle. Vielmehr weist die Verwaltung darauf hin, dass der Haushalt ohne die Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen vielleicht nicht genehmigt werden würde, so nachzulesen in der Leine-Zeitung. Wir müssen uns also bei den Menschen bedanken, die durch die Straßenausbau beiträge den Haushalt retten, auch wenn es sie selbst vielleicht sogar ruiniert.

Die von der AfD beantragte Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung in Wunstorf wurde abgelehnt und wird derzeit unter dem Gesichtspunkt angeblicher rechtlicher Bedenken, nicht weiterverfolgt, eine Bürgerbeteiligung wird abgelehnt. Wie machen das andere Kommunen in Niedersachsen die die Ungerechtigkeit erkannt und die Abschaffung der STRABS bereits beschlossen haben, darunter Hannover, Langenhagen und Laatzen?

Der Haushalt für 2019, der trotz Aufnahme von ca. 9 Mio. € an Krediten als fast ausgeglichen gilt, wird aus den von mir erläuterten Gründen von der AfD-Fraktion abgelehnt.